

Beamte fordern „nachhaltige Erhöhung der Gehälter“

2019-08-29 11:43

Die Beamten wollen mit der derzeitigen Übergangsregierung über ihre Gehälter für das nächste Jahr verhandeln. In einem Brief an den auch für die Beamten zuständigen Finanzminister Eduard Müller ersucht die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) und die younion _ Die Daseinsgewerkschaft um die Aufnahme der Gehaltsverhandlungen.

Eine konkrete Forderung stellen die Gewerkschaften in dem Schreiben zwar noch nicht, es wird aber schon „eine nachhaltige Erhöhung der Gehälter“ verlangt, „um eine dauerhafte Kaufkraftsteigerung für alle öffentlich Bediensteten sicherzustellen“. Auch die „durch die prekäre Personalsituation besonders hohe Belastung“ soll neben Inflationsrate und Wirtschaftswachstum Grundlage für die Verhandlungen sein.

Verweis auf „ständig neue Aufgaben“

Die Gewerkschaften verweisen auf die kontinuierlich steigenden Anforderungen an den Öffentlichen Dienst. „Ständig neue Aufgaben bei einer mittlerweile in nahezu allen Bereichen prekären Personalsituation bringen für die Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst immer schwierigere Arbeitsbedingungen. Nur durch große Motivation und großen persönlichen Einsatz können die Leistungen noch in gewohnt hoher Qualität erbracht werden.“ Auch die von allen Parteien angekündigte aktive Klimapolitik bedeute eine zusätzliche Aufgabe für den öffentlichen Dienst in allen Gebietskörperschaften.

Die GÖD und die younion ersuchen so rechtzeitig um Aufnahme der Verhandlungen, damit das Abkommen mit 1. Jänner 2020 in Kraft treten kann. Für heuer hatten die Beamten bei einer Inflation von 2,02 Prozent eine sozial gestaffelte Gehaltserhöhung zwischen 2,51 Prozent für die hohen und 3,45 Prozent für die niedrigen Einkommen bekommen, was im Durchschnitt eine Erhöhung um 2,76 Prozent bedeutete.